

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2022–2024

Antrag vom 15. Februar 2021

SP-Fraktion (Sprecherin: Simmler-St.Gallen)

Ziff. 6 (neu):

Die Regierung wird eingeladen,¹ steuerliche Massnahmen zu prüfen, die es erlauben, Personen und Unternehmen mit hohen Vermögen und/oder Einkünften sowie bis anhin unbesteuerte Erbschaften zusätzlich mit einem «Solidaritätsbeitrag» zu besteuern. Eine derartige, allenfalls nur vorübergehende Steuer soll es ermöglichen, die Kosten der durch die Corona-Pandemie verursachten Krise solidarisch zu tragen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie stellt uns vor ausserordentliche Herausforderungen. Die Pandemie-Bekämpfung belastet den Kantonshaushalt merklich und deren wirtschaftliche Folgen treffen viele Menschen und Unternehmen in diesem Kanton hart. Andere wiederum konnten wirtschaftlich profitieren. So zeigen erste Analysen bereits, dass die Krise zur Verschärfung der ökonomischen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft beiträgt. Umso wichtiger ist es, dass die Kosten dieser Krise möglichst solidarisch getragen werden. Sparpakete und damit Staatsabbau treffen die sozial Schwächeren sowie den Mittelstand stets ungleich härter. Es ist deshalb angezeigt, dass die Regierung prüft, wie die finanzpolitischen Herausforderungen auch einnahmeseitig bewältigt werden können. Dabei soll sie auch neue Wege prüfen wie (vorübergehende) Solidaritätsabgaben.

¹ Auftrag nach Art. 95 des Geschäftsreglements des Kantonsrates, sGS 131.11.